Deutscher Bundestag 11. Wahlperiode

Drucksache 11/450

05.06.87

Sachgebiet 94

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Vertragsabschluß mit der DDR über den Hochwasserschutz im Drömling

Der Bundestag wolle beschließen:

- Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, keinen Vertragsabschluß mit der DDR zum Hochwasserschutz im Aller-Ohre-Bereich (Drömling) zu unterzeichnen, der dazu führt, daß diesem bedeutenden Feuchtgebiet der Bundesrepublik Deutschland Wasser entzogen wird.
- 2. Der Deutsche Bundestag begrüßt dann einen Vertragsabschluß, wenn durch eine andere Konzeption des Hochwasserschutzes (z.B. durch Überfluten der Politz) sowohl Belange des Natur- als auch des Hochwasserschutzes erfüllt werden.

Bonn, den 5. Juni 1987

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung steht kurz vor einem Vertragsabschluß mit der DDR zum Hochwasserschutz im Aller-Ohre-Bereich. Der Vertrag sieht vor, Hochwasser von Aller und Ohre über zu erneuernde Kanäle innerhalb der DDR in die Elbe abzuführen. Mehr als die Hälfte aller Kosten will die Bundesrepublik Deutschland übernehmen. Damit wird eines der bedeutendsten großräumigen Feuchtgebiete in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig beeinträchtigt und in wichtigen Kernbereichen zerstört. Es lebt einzig und allein von den Hochwassern, die die Gräben und Niederungen für das gesamte Jahr auftanken.

Die Vereinbarung nimmt keine Rücksicht auf den bekannt hohen Naturschutzwert dieses Gebietes, ignoriert den Status des Naturschutzgebietes und der nach den EG-Richtlinien vorgenommenen Einstufung als "Important Bird Area". Z. B. die Brutvorkommen seltenster Arten wie Schwarzstorch, Kranich u. a. sind dann höchst gefährdet. Die Liste der vorkommenden gefährdeten Arten soll hier aus Artenschutzgründen nicht weiter aufgeführt werden.

Von den Fachbehörden, den Naturschutzorganisationen und der betroffenen Bevölkerung liegen übereinstimmend konkrete Planungen vor, durch großflächige Überflutung der Politz eine ideale Verbindung von Hochwasserschutz und Naturschutz zu erreichen. Dafür wurden aus öffentlichen Geldern schon 160 ha Feuchtwiese erworben.

Desto überraschender ist nun die Absicht der Bundesregierung, durch Millionenbeträge das Vorhaben der DDR zu unterstützen, durch Entwässerungsgräben im Grenzgebiet Feuchtland in Ackerland umzuwandeln und damit den Wasserhaushalt des gesamten Gebietes nachhaltig zu verändern.